

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Juli 1955

352/J

Anfrage

der Abg. K i n d l, Dr. G r e d l e r und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend den Ankauf von Überschußgütern der abziehenden Besatzungs-  
mächte zugunsten der Bombengeschädigten.

-.-.-.-.-

Es ist zu erwarten, daß die abziehenden Besatzungstruppen beträchtliche Mengen von Überschußgütern in Österreich losschlagen werden. Die Amerikaner haben bereits mit einer derartigen Aktion begonnen. Neben ausgesprochenen Wehrmachtgütern und Textilien standen auch viele Einrichtungsgegenstände und Möbel im Gebrauch der Besetzungsangehörigen, deren Rücktransport sich nicht lohnen dürfte und die sicherlich ebenfalls vor dem Abzug zum Verkauf kommen. Um zu vermeiden, daß einige privilegierte Händler mit diesen Demobilisierungsgütern Geschäfte machen, wäre es an sich zweckmäßig, wenn die Republik Österreich bei den Besetzungsmächten als Käufer auftreten würde. Die Besetzungsmächte wären sicherlich auch bereit, Österreich bei einem en bloc Verkauf besonders günstige Bedingungen einzuräumen.

Die österreichische Bundesregierung hätte mit diesen Gütern die Möglichkeit, durch Abgabe zu günstigen Bedingungen an die Bombengeschädigten auch diesen im Rahmen aller Entschädigungen und Wiedergutmachungen völlig leer ausgegangenen Leuten eine Wohltat zu erweisen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die österreichische Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, mit den abziehenden Alliierten über einen Ankauf ihrer Demobilisierungsgüter zu verhandeln und diese Güter zu günstigen Bedingungen den Bombengeschädigten zur Verfügung zu stellen?

-.-.-.-.-